

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/1371/2023
	Status:	öffentlich
	Datum:	22.06.2023
Antragsteller*in:	CDU/FDP/BfM	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Durchführung eines Vertreterbegehrens zum Konzept MoVe35

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Durchführung eines Vertreterbegehrens nach § 8b Abs. 1 Satz 2 HGO mit folgendem Wortlaut:

„Sind Sie dafür, dass das Verkehrskonzepts „MoVe 35“ unter Beachtung folgender Maßgaben überarbeitet und in mehreren nach Ortsbezirken aufzuteilenden Bürgerversammlungen zur Diskussion gestellt werden soll?“

- a) Darlegung der voraussichtlichen Kosten des in „MoVe 35“ vorgesehen Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), um den Individualverkehr zu halbieren
 - b) Bedingungen zur Beibehaltung der öffentlichen Stellplätze im Straßenraum und
 - c) der Nichtverauslagung von Mitteln aus dem Haushalt 2023 (Nr. 1661.00423 der Investitionsliste) für Straßenbaumaßnahmen zur Umsetzung von MoVe 35
2. Zur Endfassung des Verkehrskonzepts MoVe 35 mit Stand vom Juni 2023 sind Stellungnahmen der Ortsbeiräte einzuholen.

Begründung

Die Auswirkungen einer Umsetzung des Konzepts MoVe 35 werden erheblich sein. Mehrkosten, vermutlich in mehrstelliger Millionenhöhe, sind zu erwarten. Die schwerwiegenden Auswirkungen

auf die gesamte Stadt samt der dauerhaften Bindung großer Geldbeträge rechtfertigen die vorherige Befragung der Bürgerinnen und Bürger. Bisher konnten sich die Bürger Marburgs nur im Rahmen der Vorbereitung des Projekts MoVe 35 einbringen. Das sollte auch für das Endprojekt gelten.

Das Konzept MoVe 35 geht davon aus, dass der Kfz-Verkehr möglichst halbiert werden soll. Die Behauptung der hauptamtlichen Magistratsmitglieder von SPD, Grünen und Klimaliste im Schreiben an die Mandatsträger vom 16. Juni 2023 und im OP-Interview vom 21. Juni 2023, dass Marburg gut erreichbar bliebe, die Verkehrsbedürfnisse der Bürger aus den Stadtteilen berücksichtigt würden und jeder der wolle mit dem Kfz jeden Ort im Stadtgebiet erreiche, halten wir für ein politisches Versprechen, das inhaltlich unschlüssig ist. Wenn der Kfz-Verkehr halbiert werden soll, können die Bürgerinnen und Bürger eben nicht mehr mit dem Auto fahren. Wir bezweifeln, dass die vom Magistrat in Aussicht gestellten ausgleichenden Verbesserungen des ÖPNV finanzierbar sind und fürchten, dass sich Einschränkungen beim Autoverkehr erheblich negativ auf die Mobilität aller Marburgerinnen und Marburger auswirken. In seiner jetzigen Qualität kann der ÖPNV den Umstieg vom Auto weg auf öffentliche Verkehrsmittel nicht bewältigen. Im Gegenteil, er wird unattraktiv durch permanente Überfüllung, so dass die Fahrt in die Innenstadt zu den Geschäften, zum Arbeitsplatz, zum Arzt usw. erschwert wird, unflexibel ist und wahrscheinlich für viele nicht erschwinglich sein wird. Schon jetzt liegt das Defizit beim ÖPNV fast im zweistelligen Millionen-Bereich. Wenn der ÖPNV den verdrängten Autoverkehr aufnehmen und entsprechend ausgeweitet werden soll, werden die Millionendefizite mit Sicherheit zweistellig.

Das Konzept MoVe 35 sieht Eingriffe in die Stadtentwicklung durch Nutzungsdurchmischung und Nachverdichtung vor. Das bedingt stadtplanerische Eingriffe, die das Stadtbild verändern und möglicherweise sogar in bestehende Eigentumsrechte eingreifen könnten. Das darf nicht an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei entschieden werden, weshalb sich die Durchführung eines Vertreterbegehrens aufzwingt.

Gemäß § 82 Abs. 3 Satz 1 und Satz 2 HGO sind die Ortsbeiräte in allen wichtigen Angelegenheiten, die die Ortsbezirke betreffen, anzuhören und die Ortsbeiräte können Vorschläge unterbreiten. Das Konzept MoVe 35 enthält Vorgaben für Verbindungen mit Netzkonzeptionen zwischen den Stadtteilen. Von dort wird die Innenstadt mit dem MIV schwerer erreichbar sein, was sich naturgemäß auf die Bewohner der Stadtteile auswirkt. Schon jetzt sind sie unzufrieden mit der Verkehrsplanung, was aus diversen Ortsbeiratsprotokollen hervorgeht. Immer wieder wird die fehlende Kommunikation angemerkt, die manchmal über Jahre vom Magistrat praktiziert wird.

Die Dringlichkeit dieses Antrags ergibt sich daraus, dass bereits mit Umsetzungsschritten zu MoVe 35 begonnen wurde, indem Stellplätze aus dem öffentlichen Straßenraum getilgt wurden und außerdem in der Investitionsliste Mittel für Straßenbaumaßnahmen zur Umsetzung von MoVe 35 eingestellt sind. Es werden folglich Fakten geschaffen, so dass bis zur nächsten turnusgemäßen Stadtverordnetenversammlung nicht gewartet werden kann.

Jens Seipp

Dirk Bamberger

Hermann Heck

Jan von Ploetz

Roland Frese

Lars Küllmer

Michael Selinka

Karin Schaffner

Lisa Deißler

Heiko Schäfer

Walter Jugel

Phillip Knaack

Andrea Suntheim-Pichler

Roger Pfalz

Birgit von Bargaen

Jelena Noe

Winfried Kissel

Anlage/n

Keine